

**Rede  
der Sprecherin für Verfassungsschutz**

**Wiebke Osigus, MdL**

zu TOP Nr. 22

**Umsetzung der Handlungsvorschläge des NSU-  
Untersuchungsausschusses des Bundestages und  
der Länder und Erkenntnisstand über mögliche  
Verbindungen des NSU nach Niedersachsen**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/4130

während der Plenarsitzung vom 30.01.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal ist festzustellen: Niedersachsen ist mit seinen Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützern gut und sturmfest aufgestellt. Ein Nachrichtendienst, der Hand in Hand mit den Ermittlungsbehörden, Schulter an Schulter mit dem Innenminister und unter der wachsamen Kontrolle des Parlamentes zuverlässig arbeitet. Eine Größe, auf die wir uns vor Ort verlassen können.

Die Vorkommnisse rund um den sogenannten NSU-Komplex haben zu Recht bundesweit Betroffenheit ausgelöst. Mindestens zehn Morde, die Verunsicherung hervorrufen, und Fragen. Viele Fragen, die die Aufarbeitung in Untersuchungsausschüssen nach sich zogen. Und auch heute scheinen nicht alle Antworten gefunden zu sein. Für meine SPD-Fraktion kann ich erklären: Wir werden hinsehen. Wir werden nicht müde werden, diesen Fragen nachzugehen; wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Extremismus, meine Damen und Herren.

Gleichwohl erfordert dieser Stand der Dinge neben Wachsamkeit vor allem Besonnenheit. Unaufgeregt und strukturiert Ergebnisse bewerten, Informationen sammeln und verarbeiten. In diesem Zusammenhang komme ich konkret zu den 104 Antworten der Großen Anfrage und halte auf dieser Grundlage folgendes fest:

Es sind keine Erkenntnisse angefallen, die die Existenz eines sich hinter dem NSU verbergenden Netzwerkes aus weiteren Personen in Niedersachsen belegen könnten. Mutmaßungen liegen vor.

Es sind aktuell keine Ermittlungsverfahren bei den niedersächsischen Staatsanwaltschaften oder Gerichten mit NSU-Bezug anhängig.

Es ist gesichert, dass es Fahrten durch und Treffen in Niedersachsen seinerzeit gegeben hat. Bekannt ist hierbei auch, wer hieran beteiligt gewesen ist.

Kontakte des NSU zur niedersächsischen Sektion von Blood & Honour sind nicht festgestellt (Frage 18).

Der Landesregierung sind keine Straftaten in Niedersachsen bekannt, die möglicherweise vom NSU begangen worden sind und bisher nicht zugeordnet werden konnten.

Soweit, meine Damen und Herren, die Feststellungen aus dem öffentlichen Teil.

Als Sprecherin für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes begrüße ich zudem ausdrücklich das Angebot der Landesregierung, zu den Verschlussachen in vertraulicher Sitzung zu unterrichten.

Der Presse ließ sich entnehmen, dass es bereits den Ruf nach einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex hier in Niedersachsen gibt. Sollte sich im Nachgang zu den vertraulichen Unterrichtungen im Ausschuss Aufklärungsbedarf ergeben, werden wir uns einem entsprechenden Anliegen der Fraktionen der FDP und

der Fraktion der Grünen nicht verschließen. In Anbetracht der derzeitigen Lage sehen wir diesen Bedarf noch nicht zwingend, warten jedoch die weitere Entwicklung ab und halten starke Minderheitenrechte für wichtig.

Allerdings, – die Bemerkung sei mir an dieser Stelle erlaubt – die letzte große Reform des Verfassungsschutzgesetzes fand in der letzten Legislatur unter Rot-Grün statt, und zwar nach dem damaligen NSU-Untersuchungsausschuss. Seinerzeit gab es die gemeinsame Entscheidung gegen einen PUA. Wie gerade dargestellt, haben sich keine neuen Erkenntnisse ergeben – andere Rolle, andere Haltung?

Meine Damen und Herren,

Vieles ist ans Licht gebracht worden, und bei so einem komplexen Sachverhalt muss man sich zwingend mit der Frage beschäftigen, was aus den Ereignissen der Vergangenheit gefolgt ist. Wir als regierungstragende Fraktion nehmen unsere Verantwortung ernst. Ich möchte hierbei insbesondere die Schaffung des Landesbeauftragten für Opferschutz und des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens ausdrücklich nennen.

Auch die Einrichtung des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und -terrorismus (GETZ-R) ist eine weitere Errungenschaft auf unserem Weg. Frühwarnsysteme, enge Vernetzung und Bündelung von Kompetenzen runden einen Teil der Maßnahmen ab. Auch die anstehende Reform des Verfassungsschutzgesetzes wird den umfassenden Bekämpfungsansatz verfassungsfeindlicher Strukturen in den Blick nehmen.

Die hier vorliegende Anfrage und auch der dazugehörige Wortbeitrag zielten auf die Umsetzung der Handlungsvorschläge in Niedersachsen ab. Ergänzend zu dem Beitrag unseres Innenministers möchte ich zudem die Einrichtung eines eigenen Referats für Rechtsextremismus, die Einrichtung einer internen Revision im Verfassungsschutz und die Einrichtung einer Dokumentationsstelle zur wissenschaftlichen Analyse hervorheben.

Die Bekämpfung von jeder Form von Extremismus ist vor allem eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein ausdrückliches Lob an dieser Stelle auch an unsere Polizeibeamtinnen und Beamten. Auf den Straßen und in den Dienststellen leisten sie sowohl präventiv als auch repressiv einen weiteren Beitrag zum Schutz unserer demokratischen Strukturen. Vielen Dank dafür.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch nochmal ausdrücklich unsere parlamentarische Unterstützung im Zusammenhang mit den Haushalten in dieser Legislaturperiode hervorheben. Sowohl durch Schaffung von Stellen als auch durch finanzielle Unterstützung haben wir den Bereich Sicherheit und Prävention nachhaltig bedient. Ein weiterer Schritt um Niedersachsen unter der SPD-geführten Landesregierung weiter zu stärken.

Meine Damen und Herren,

gute finanzielle und personelle Ausstattung, enge Vernetzung, Wachsamkeit, Prävention und Opferschutz – dies sind nur einige Zutaten auf dem Weg zu einem effektiven Umgang mit Extremisten. Netzwerkarbeit, Aussteigerhilfen und Demokratieförderung sind in diesem Zusammenhang ebenfalls zu nennen. Durch die Taten des NSU wurde wieder einmal mehr verdeutlicht, wie weit sich Gefahren für unsere Demokratie durch deren Gegner realisieren lassen. Wir sind gefordert, wachsam zu bleiben. Wir sind gefordert, für unsere Werte einzustehen. Und dies, meine Damen und Herren, ist vor allem eine Frage der eigenen Haltung, und ein wichtiges Anliegen unserer Sozialdemokratie.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.